

**Stellungnahme der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern
zur Umsetzung der Resolution der 27. Ostseeparlamentarierkonferenz
(Mariehamn, 26. – 28. August 2018)**

Mit der vorliegenden Stellungnahme berichtet die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern über den Stand der Umsetzung der Resolution der 27. Ostseeparlamentarierkonferenz, die vom 26. bis zum 28. August 2018 in Mariehamn (Schweden) stattfand.

Die Landesregierung kommt damit dem Wunsch des Landtages nach, einen entsprechenden Bericht bis zum 31. März 2019 vorzulegen.¹

Die vorliegende Stellungnahme erfasst nur die Bereiche, in denen eine Zuständigkeit auf Landesebene oder eine übergeordnete Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern gesehen wird.

¹ siehe [Landtagsdrucksache 7/2803](#) vom 7. November 2018 in Verbindung mit [Landtagsdrucksache 4498](#) vom 15. September 2015.

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Staaten der Ostseeregion, die vom 26. bis 28. August 2018 in Mariehamn (Åland) zusammengekommen sind, fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
1	die Politik der Nördlichen Dimension, die EU-Strategie für den Ostseeraum und die russische Strategie für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Föderalen Distrikts Nordwest stärker miteinander zu verzahnen;	Die Landesregierung unterstützt die Forderung der Ostseeparlamentarierkonferenz nach einer engeren Verzahnung der übergreifenden Strategien in der Ostseeregion und setzt sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten dafür ein. Ausdruck dieses Bestrebens ist die geplante Durchführung des Ostsee-Tourismusforums 2019 in Pskov (Russland) unter der Federführung des Tourismusverbandes Mecklenburg-Vorpommern e.V. in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit in seiner Eigenschaft als Koordinator des Politikbereichs Tourismus in der EU-Strategie für die Ostseeregion.
2	den Umfang der länderübergreifenden Programme, die den gesamten Ostseeraum abdecken, auszuweiten, und diese Möglichkeit und die entsprechende Finanzierung formal in allen makroregionalen Strategien zu verankern, um die Beziehungen zwischen benachbarten Ländern zu verbessern;	Die engere Verzahnung des INTERREG-Ostseeraumprogramms mit der EU-Ostseestrategie wird durch die Landesregierung unterstützt.

3	die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Migration und Integration zu verstärken und dabei alle Ostseeanrainerstaaten einzubeziehen, um ähnliche Aufgaben besser zu bewältigen;	Eine Stärkung der Zusammenarbeit wird begrüßt. Es ist bereits Ziel des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), für alle Mitgliedsstaaten einen einheitlichen Regelungsrahmen zu schaffen und gemeinsame Standards zu setzen. Im Bereich der Asyl- und Flüchtlingspolitik sind seit 1999 verschiedene Rechtsakte erlassen worden, die heute die Grundlage für einen Raum des Flüchtlingsschutzes und der Solidarität in der EU bilden. Kernelement des gemeinsamen Systems ist die EU-weite Harmonisierung der Schutz- und Aufnahmenormen. Sie sollen sicherstellen, dass Asylsuchenden in der gesamten EU unter gleichen Bedingungen internationaler Schutz gewährt wird.
4	Programme im Rahmen von Besuchen und multinationalen Jugendtreffen zu vertiefen mit dem Ziel, einander zu begegnen, das gegenseitige Verständnis zu fördern und Beziehungen aufzubauen;	Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern fördert internationale Jugendarbeit und -austausche nach der Richtlinie 4 des Landesjugendplans . Darüber hinaus erfolgen Förderungen durch die Jugendwerke.
5	– Bezug nehmend auf die im Juni 2017 von den Arbeitsministerien der Ostseeratsstaaten verabschiedete Ministererklärung – im Bereich von Arbeit und Beschäftigung in der Ostseeregion aktiv die Arbeit der „Ostseerats-/BSLF-Koordinierungsgruppe zu Arbeit und Beschäftigung“ (CG) zu unterstützen, die sich auf Querschnittsthemen und aktuelle Fragen konzentriert, und zwar	Die unter anderem durch Digitalisierung und steigenden Fachkräftebedarf geprägten künftigen Arbeitsmodelle haben auch auf Ausbildungsformen, Ausbildungsordnungen, Rahmenpläne, Berufsbilder, Rechtsänderungen und ähnliches Auswirkungen. Im Umgang mit diesem Wandel übernimmt die Landesregierung eine aktive Rolle, die sich beispielsweise in der Teilnahme an der in

	<p>auf die neuen Qualifikationen, die für künftige Arbeitsmodelle erforderlich sind, und ihre Verknüpfung mit der Ausbildung und dem Bedarf des Arbeitsmarktes, das lebenslange Lernen sowie umfassende Arbeitsmarktprognosen und -forschungen unter Einbeziehung der demografischen Herausforderungen; für Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen zu sorgen;</p>	<p>Bundesgremien stattfindenden Ordnungsarbeit zur beruflichen Ausbildung widerspiegelt. Dabei finden Querschnittsthemen wie Chancengleichheit der Geschlechter, Inklusion und Internationalisierung entsprechende Berücksichtigung. Insbesondere werden bedarfsgerecht die Interessen des Landes Mecklenburg-Vorpommern als Ostseeanrainerland vertreten. Selbstverständlich antwortet auch die hiesige Hochschulausbildung auf aktuelle gesellschaftliche und arbeitsmarktbezogene Herausforderungen.</p> <p>Darüber hinaus unterstützt das Land Mecklenburg-Vorpommern anlassbezogen aktiv die „Ostseerats-/BSLF-Koordinierungsgruppe zu Arbeit und Beschäftigung“ (CG) im Hinblick auf derzeitige und künftige arbeitsmarktpolitische Themen.</p>
6	<p>sich den Herausforderungen einer alternden Bevölkerung, des sozialen Zusammenhalts und der nachhaltigen Entwicklung in der Ostseeregion durch eine verstärkte Zusammenarbeit bei Anreizen und praktischen Systemen für lebenslanges Lernen und Erwachsenenbildung, die Anpassung der Beschäftigungsbedingungen und Arbeitsplätze an ältere Menschen, Strategien</p>	<p>Das lebenslange Lernen kann helfen, den Zusammenhalt von Gesellschaften beziehungsweise Gemeinschaften zu stärken. Deshalb ist es sinnvoll, die Bildungsteilhabe zu erhöhen, indem auch im Rahmen von Weiterbildung gemeinsame Projekte zwischen den Ostseeanrainerstaaten stattfinden. Aus diesem Grund können auch die Weiterbildungseinrichtungen im Land Projekte mit den Staaten im Ostseeraum durchführen.</p>

	<p>zur Bekämpfung der Altersdiskriminierung, gesundheitsfördernde Maßnahmen und flexible und stufenweise Ruhestandsregelungen zu stellen;</p>	<p>Beispielhaft kann hier das Projekt Erwachsenenbildung im Wandel - Internationalisierung, Digitalisierung und demografischer Wandel als Herausforderung in Europa des Volkshochschulverbandes Mecklenburg-Vorpommern genannt werden, das über das Erasmus+-Programm seit September 2018 bis August 2020 gefördert wird. In diesem Projekt können Kursleitende und hauptamtlich pädagogische Mitarbeitende (der Volkshochschulen im Land) Fortbildungen im europäischen Ausland wahrnehmen, unter anderem auch in Skandinavien.</p> <p>Des Weiteren ist eine Fortbildungsmobilität von hauptamtlich pädagogischen Mitarbeitenden in Schweden im Jahr 2020 geplant, um die Themen des Projektes Internationalisierung, Digitalisierung und demografischer Wandel mit schwedischen Erwachsenenbildungseinrichtungen zu erörtern.</p> <p>Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern setzt sich ebenfalls dafür ein, dass die Neuausrichtung der Bundesagentur für Arbeit auf Weiterbildung und lebenslanges Lernen eng mit bestehenden Strukturen und Angeboten der Länder abgestimmt wird und diese Berücksichtigung finden. Die Übernahme von Weiterbildungskosten und die Zahlung von Zuschüssen zum Arbeitsentgelt im Rahmen der Qualifizierung von Beschäftigten gemäß dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) setzen grundsätzlich eine</p>
--	---	---

		<p>Kofinanzierung durch den Arbeitgeber voraus. Für ältere oder schwerbehinderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind Ausnahmemöglichkeiten von diesem Grundsatz vorgesehen. Weiterhin können Programme der Bundesagentur für Arbeit wie beispielsweise zur Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Unternehmen (WeGebAU) genutzt werden.</p> <p>Damit Unternehmen, aber auch bildungsinteressierte Frauen und Männer einen erleichterten Zugang zu Weiterbildungsmaßnahmen finden, unterhält das Land Mecklenburg-Vorpommern eine Weiterbildungsdatenbank M-V. Mit diesem Angebot stehen mehrsprachig (in den Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch, Russisch und Arabisch) umfassende, aktuelle und benutzerfreundliche Weiterbildungsinformationen und Weiterbildungsangebote der allgemeinen, politischen und beruflichen Bildung zur Verfügung.</p>
--	--	--

im Hinblick auf die Vision einer gesunden Ostsee weitere Maßnahmen zu ergreifen, um

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
7	<p>– da die BSPC die Ministererklärung der HELCOM vom 6. März 2018 in Brüssel unterstützt und deren kritische Einschätzung des Zustands der Ostsee unter verschiedenen Gesichtspunkten teilt</p> <p>– die in der Ministererklärung enthaltenen Beschlüsse entschlossen umzusetzen;</p>	<p>Das zuständige Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) wird bei der Umsetzung durch das in Mecklenburg-Vorpommern federführende Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt im Rahmen seiner Zuständigkeiten und Möglichkeiten unterstützt.</p>
8	<p>wirksame Koordinierungsprozesse und -strategien einzuleiten, um die Umsetzungsstrategie für die Agenda für nachhaltiges blaues Wachstum in der Ostseeregion zu unterstützen;</p>	<p>Die Agenda für nachhaltiges blaues Wachstum in der Ostseeregion wird von der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern befürwortet. Die inhaltliche Umsetzung obliegt und erfolgt in den jeweiligen Fachministerien im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Möglichkeiten.</p> <p>Des Weiteren wird die Agenda auch durch INTERREG-Projekte umgesetzt. Ein Beispiel ist hierfür das transnationale Ostseeraumprojekt InnoAquaTech, das darauf abzielt, die wirtschaftliche Anwendung umweltfreundlicher Aquakulturverfahren im südlichen Ostseeraum zu stärken. Die BioCon Valley® GmbH ist hier federführender Projektpartner.</p>
9	<p>die Konsultationen und die Kooperation hinsichtlich einer räumlichen Gesamtplanung für die Ostseeregion auszubauen und da-</p>	<p>Entsprechend dem Raumordnungsgesetz des Bundes sind die querschnittsorientierten, nachhaltigen Raumordnungspläne mit den Nachbarstaaten abzustimmen. Dies geschieht insbesondere</p>

	<p>bei alle Interessen und Aspekte im Zusammenhang mit der Wirtschaft (Schiffsverkehr, Fischerei, Energie, Tourismus usw.), der Umwelt und den Nachbarländern zu berücksichtigen;</p>	<p>im Bereich der maritimen Raumordnungsplanung mit dem Ziel der Schaffung einer kohärenten Raumordnungsplanung für die Meeresgebiete. Besonders intensiv stimmt sich Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen des Ausschusses für Raumordnung der deutsch-polnischen Regierungskommission mit der polnischen Wojewodschaft Westpommern hierzu ab. Mit den weiteren Ostseeanrainern erfolgt die Abstimmung im Rahmen von Beteiligungsverfahren. Das Landesumweltministerium ist im Rahmen seiner Zuständigkeiten hierbei ebenfalls eingebunden.</p> <p>Die Landesregierung engagiert sich in diesem Zusammenhang für die Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus im Ostseeraum, sowohl unter ökologischen, wirtschaftlichen als auch sozialen Gesichtspunkten. Dafür steht auch das im Sommer 2017 genehmigte Projekt From SDGs to sustainable tourism in the Baltic Sea Region, gefördert durch die Project Support Facility des Ostseerates. Der Landestourismusverband Mecklenburg-Vorpommern ist hierbei federführender Partner und das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern ist Projektpartner.</p>
--	---	---

10	<p>angesichts dessen, dass je nach Land lediglich 25 bis 60 Prozent der Zielvorgaben des bis 2021 umzusetzenden HELCOM-Ostseeaktionsplans gegenwärtig auf nationaler Ebene erfüllt werden, die Anstrengungen auf nationaler und regionaler Ebene zur Festlegung geeigneter politischer Prioritäten dringend zu verstärken, um so die Zielsetzungen des Aktionsplans soweit möglich termingerecht bis 2021 zu verwirklichen;</p>	<p>Das zuständige Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) wird bei der Umsetzung durch das in Mecklenburg-Vorpommern federführende Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt im Rahmen seiner Zuständigkeiten und Möglichkeiten unterstützt.</p>
11	<p>regelmäßig HELCOM-Ministertreffen abzuhalten – unter Einbeziehung aller zuständigen Minister eines jeden Mitgliedstaats – und zu völkerrechtlich verbindlichen Regelungen zu gelangen – wie es bei den Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Seeverkehr mit Beteiligung der Verkehrsminister der Fall war – und auf diese Weise das Thema saubere Ostsee stärker in die politische Debatte der einzelnen Staaten und Regionen einzubeziehen und eine verbindlichere Durchsetzung der erzielten Vereinbarungen zu erreichen;</p>	
12	<p>gemeinsame wie auch zusätzliche nationale und regionale Nachhaltigkeitsstrategien zur Erreichung der Ziele der VN-Agenda 2030 zu entwickeln bzw. weiter auszubauen und die Vision einer sauberen, von Meeresabfällen freien Ostsee bei gleichzeitiger Förderung nachhaltiger Landbewirtschaftungsmethoden, eines</p>	

	nachhaltigeren Schiffsverkehrs und der Bekämpfung von Eutrophierung und Unterwasserlärm zu verwirklichen;	
13	die von den Vereinten Nationen ausgerufene „Dekade der Meeresforschung für Nachhaltige Entwicklung“ von 2021 bis 2030 vorzubereiten und mitzugestalten, um so das Ziel eines „Ocean we need for the future we want“ zu erreichen;	Die „Dekade der Meeresforschung für nachhaltige Entwicklung“ ist Bestandteil der Aktivitäten des Leibniz-Instituts für Ostseeforschung Warnemünde (IOW) sowie des Konsortiums Deutsche Meeresforschung (KDM) und somit aller deutschen meeresforschenden Einrichtungen. Zudem ist sie ständiger Berichtspunkt im Forum Marine Forschung (FMF) des Bundes und der norddeutschen Küstenländer.
15	Präventivmaßnahmen wie auch Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um die Abwasserqualität zu verbessern und unbehandelte Einleitungen umgehend zu beenden, und entschlossen eine Säuberung des stark verschmutzten Meeres in Angriff zu nehmen;	Mecklenburg-Vorpommern hat den EU-weit gültigen Stand der Technik bei der Abwasserbehandlung erreicht beziehungsweise übertrifft ihn sogar. Des Weiteren können alle Schiffe in Mecklenburg-Vorpommern ihre Abfälle in entsprechende Auffanganlagen einbringen. Für eine Standardentsorgung sind dabei die Kosten schon mit der Hafengebühr abgegolten (No-special-fee system), damit wird den Schiffsführenden kein Anreiz zur illegalen Entsorgung im Meer gegeben. Zukünftig soll auch die Entsorgung von Beifang (Abfälle, die die Fischer mit ihren Netzen aufnehmen) über das No-special fee system möglich werden.

16	<p>gegen die besorgniserregende Menge an Kunststoffen und Mikroplastik in den Meeren dringend wirksam vorzugehen; die Vorschriften zur Reduzierung bzw. zum Verbot von Einwegkunststoffen zu unterstützen und schnellstmöglich umzusetzen; die Öffentlichkeit für die Verschmutzung durch Mikroplastik im gesamten Ökosystem der Ostsee zu sensibilisieren und den Verbrauchern nahegelegene, Körperpflegemittel, die primäres Mikroplastik enthalten, zu vermeiden;</p>	<p>Das zuständige Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) wird bei der Umsetzung durch das in Mecklenburg-Vorpommern federführende Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, hier federführend der Bereich Meeresumweltschutz, im Rahmen seiner Zuständigkeiten und Möglichkeiten unterstützt.</p> <p>Das Aufkommen von Meeresmüll an den Stränden Mecklenburg-Vorpommerns wird regelmäßig nach einheitlichen Vorgaben erfasst und ausgewertet (Spülsaummonitoring). Die Information der Bevölkerung erfolgt sowohl mittels Internetauftritt des Landesamts für Umwelt, Naturschutz und Geologie M-V (LUNG) und die vom Land geförderte Seite www.meeresmuell.de als auch über Flyer und eine gut angenommene Broschüre zum Meeresmüll, die beide in diesem Jahr aktualisiert werden. Seit 2016 werden regelmäßig in Zusammenarbeit mit dem EUCC e.V. Landesaktionstage zum Meeresmüll veranstaltet. Vertreter des Landes engagieren sich auf nationaler Ebene am Runden Tisch Meeresmüll zur Maßnahmenentwicklung und -umsetzung und in der BLANO-Facharbeitsgruppe Meeresmüll und wirken auf HELCOM-Ebene im Expertenetzwerk Marine Litter mit. Die aus einer Veranstaltung des LUNG zu Meeresmüll in Zusammenarbeit mit der Landeslehrstätte für die Zielgruppe Touristiker und Kommunen resultierenden Ergebnisse werden zur Zeit genutzt, um am Runden Tisch Meeresmüll eine</p>
----	--	--

		<p>Handlungsempfehlung für diese Zielgruppe herauszugeben. Untersuchungen zur Ermittlung der Plastikfracht der Warnow sind angelaufen, ebenso Untersuchungen zum Auftreten von Meeresmüll in den Mägen von Meeressäugern. Studien zu Meeresmüll aus der marinen Angelfischerei und Quellenanalysen zur Klärung der Herkunft von Strandmüll stehen kurz vor dem Abschluss.</p>
--	--	---

im Hinblick auf nachhaltige Energie und intelligente Plattformen für die Energieverteilung

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
17	<p>die grenzüberschreitenden Übertragungsverbindungen durch den Bau und die Ausweitung reibungsloser Stromnetze zu verbessern und effizient zu nutzen, damit in den neuen Energiemärkten und bei den neuen Formen von Energiedienstleistungen und -erzeugnissen besser erneuerbare Energien integriert werden können, sowie auch Unterseeverbindungen zur Integration der Netze zu nutzen;</p>	<p>Das Projekt Kriegers Flak – Combined Grid Solution sieht die Errichtung einer Seekabel-Verbindung zwischen dem bestehenden deutschen Ostsee-Windpark Baltic 2 und dem zukünftigen Offshore-Windpark Kriegers Flak in Dänemark vor. Das Vorhaben dient dazu, den Energieaustausch zwischen beiden Ländern und damit die Systemstabilität zu erhöhen. Darüber hinaus wird mit dieser Verbindung ein erster Schritt in ein integriertes Stromnetz in der Ostsee vollzogen, in welches langfristig auch Schweden integriert werden könnte. Vorgesehen ist eine Übertragungskapazität von 400 Megawatt. Das deutsch-dänische Gemeinschaftsprojekt</p>

		<p>wird von den Übertragungsnetzbetreibern 50Hertz und Energi-net.dk umgesetzt und soll im dritten Quartal 2019 in Betrieb gehen. Durch die Hansa PowerBridge wollen Deutschland und Schweden ihre Stromnetze über eine neue Höchstspannung-Gleichstromleitung miteinander verbinden. Mit der geplanten Strombrücke sollen die genug vorhandenen Speichermöglichkeiten in skandinavischen Wasserkraftspeichern zum Ausgleich des schwankenden Stromangebotes aus erneuerbaren Energien nutzbar gemacht werden. Auf deutscher Seite soll das Planfeststellungsverfahren bis voraussichtlich Ende 2021 abgeschlossen werden. In Schweden sollen bis zu diesem Zeitpunkt ebenfalls die notwendigen Genehmigungen vorliegen. Der Baustart ist für das Jahr 2023 vorgesehen. Es ist geplant, die Hansa PowerBridge 2025/2026 in Betrieb zu nehmen. Die Investitionen belaufen sich auf circa 650 Millionen Euro. Diese Summe wird hälftig von den beiden Projektpartnern 50Hertz und Svenska kraftnät getragen.</p> <p>Zum Ausbau der grenzüberschreitenden Übertragungsverbindungen tragen auch die INTERREG-Ostseeraumprojekte Baltic LINes und Baltic InteGrid bei. Im in 2019 auslaufenden Vorhaben Baltic LINes (Raumplanung für maritime Linieninfrastruktur), mit dem Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern als Partner, wurden beispielsweise eine Strate-</p>
--	--	---

		<p>gie zur Einbindung der verschiedenen Branchen sowie ein Leitfa- den für den Datenaustausch und -weitergabe erarbeitet. Im Projekt Baltic InteGrid, das Ende Februar 2019 offiziell abgeschlossen wird, sind Machbarkeitsstudien zum Aufbau eines mehrere Anrai- nerstaaten verbindenden Stromnetzes in der Ostsee durchgeführt worden.</p>
--	--	---

im Hinblick auf Migration und Integration

Nummer	Resolutionsinhalt	Stellungnahme der Landesregierung
18	<p>die objektiv bestehenden Unterschiede im politischen System sowie auch bei den historischen und kulturellen Erfahrungen aufgrund der Narben des Zweiten Weltkriegs anzuerkennen, die Beratungen und Überlegungen über Flucht und Migration fortzusetzen und bewährte Methoden zur Sensibilisierung unserer Gesellschaften auszutauschen;</p>	<p>Im Zuge der Erarbeitung des Integrationskonzepts zur Umsetzung der Nummer 344 der Koalitionsvereinbarung werden Beratungen in diversen Gremien (unter anderem dem Landesintegrationsbeirat und seinen thematischen Arbeitsgruppen Gesellschaftliche Integra- tion, Kindertagesförderung, Schule, Übergang Schule – Beruf, Be- rufliche Integration und Gesundheit) durchgeführt, die Fragen von Flucht und Migration sowie Methoden zur (interkulturellen) Sensibi- lisierung der Gesellschaft umfassen.² Entsprechende Überlegungen sollen ihren Niederschlag im Integrationskonzept der Landesregie- rung Mecklenburg-Vorpommern finden.</p>

² Ziffer 344 der Koalitionsvereinbarung 2016-2021 für die 7. Wahlperiode des Landtages Mecklenburg-Vorpommern: „Die Koalitionspartner werden das Integrationskonzept des Landes in Kooperation mit allen Beteiligten fortschreiben.“

19	einen den gesamten Ostseeraum erfassenden Datenbestand zu den Integrationsbedingungen anzulegen und Maßnahmen für eine stärker faktenbasierte öffentliche Diskussion in die Wege zu leiten;	Dem Ziel einer stärker faktenbasierten öffentlichen Diskussion zu den Integrationsbedingungen entsprechen die Aktivitäten im Rahmen der fortwährenden Weiterentwicklung des Integrationsmonitorings der Länder, an denen sich das Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung Mecklenburg-Vorpommern beteiligt.
20	den Dialog zu Migration und Integration zwischen den Ostseeanrainerstaaten zu intensivieren;	Die Landesregierung steht dem Dialog offen gegenüber und beteiligt sich bei entsprechender Gelegenheit.
21	das Angebot von migrationsspezifischen Beratungsleistungen und von Sprachunterricht zu steigern, um die Integrationsbemühungen zu verstärken;	Das Land hat das Angebot migrationsspezifischer Beratungsleistungen im Rahmen seiner Förderung der Migrationsberatung weiter ausgebaut. Im Doppelhaushalt 2018/2019 stehen 700.000 Euro pro Jahr für diesen Bereich bereit. Hinsichtlich des Sprachunterrichts fördert das Land keine eigenen Kurse, übernimmt jedoch Verantwortung im Bereich komplementärer Angebote (Fahrkosten, Sprachmittlerpools). Hierfür stehen im oben genannten Doppelhaushalt 242.000 Euro pro Jahr zur Verfügung. Im Rahmen der Fachministerkonferenzen setzt sich das Land ferner dafür ein, dass die berufliche Sprachförderung allen Zugewanderten mit zumindest nachrangigem Zugang zum Arbeitsmarkt zu Gute kommt.

		<p>Das Land Mecklenburg-Vorpommern, die Bundesagentur für Arbeit und die Jobcenter verfolgen gemeinsam das Ziel, den beruflichen Integrationsprozess von Migrantinnen und Migranten zu optimieren und zu beschleunigen sowie Nachhaltigkeit zu erreichen. Maßnahmen, die zur Erreichung dieses Ziels ergriffen wurden, sind unter anderem:</p> <ul style="list-style-type: none">• das durch das Land initiierte und geförderte Projekt Health and Care Office (HCO). Es wendet sich an Zugewanderte, die im Herkunftsland bereits ein Medizinstudium, eine medizinische oder pflegerische Ausbildung absolviert haben, mit dem Ziel einer qualifikationsadäquaten und nachhaltigen Beschäftigung vornehmlich in Mecklenburg-Vorpommern. Das HCO unterstützt Ärzte, Apotheker, Pflegekräfte und weitere Gesundheitsberufler dabei, die notwendigen Voraussetzungen für ihre berufliche Anerkennung zu erfüllen. Dazu werden Zusatzqualifizierungsbedarfe ermittelt, geeignete Bildungsmaßnahmen initiiert sowie individuelle Berufswege- und Perspektivenplanungen mit Ratsuchenden erstellt. In diesem Kontext werden Angebote der sprachlichen und beruflichen Qualifizierung entwickelt und umgesetzt.• Die drei landesseitig geförderten Integrationsfachdienste Migration (IFDM) beraten, begleiten und unterstützen flächendeckend
--	--	---

		<p>in enger Abstimmung mit den Jobcentern erwachsene Migrantinnen und Migranten mit Zugang zum Arbeitsmarkt individuell zu Fragen beruflicher Integration. Dies reicht von einer individuellen Kompetenzfeststellung, über Beratung bezüglich der nächsten Integrationsschritte (Sprachförderung, Maßnahmen bei Trägern, Integrationsprojekte, Praktika) bis hin zur Einarbeitungsbegleitung. Dabei arbeiten die IFDM eng mit den Arbeitsverwaltungen/Jobcentern, Arbeitgebern, weiteren Beratungsstellen wie zum Beispiel dem IQ Netzwerk, NAFplus, der Migrationssozialberatung, den Bildungs-/Integrationskursträgern und anderen Akteuren zusammen. In Folge der verstärkten Zuwanderung wurden zum 1. Juli 2016 die drei IFDM neu ausgerichtet und personell verstärkt, um der gestiegenen Nachfrage an rund dreißig Standorten im Land flächendeckend zu entsprechen.</p> <ul style="list-style-type: none">• Insbesondere die Projekte SLALOM+ an verschiedenen Standorten im ganzen Land, beispielsweise in Rostock, Güstrow, Bad Doberan und Stralsund, setzen den Gedanken der dualen Integration um. Dabei wird die Integration in die deutsche Kultur unter dem Schwerpunkt Sprache (BAMF-Integrationskurs) mit der Integration in den deutschen Arbeitsmarkt (SLALOM+) kombiniert. Die Teilnehmenden mit Fluchthintergrund erlernen mit einem Sprachkurs die Basis für das Bestehen am deutschen Arbeitsmarkt. Wenn das notwendige Basissprachniveau erreicht
--	--	--

		<p>ist, werden diesen Teilnehmenden in SLALOM+ parallel passgenaue Angebote zur Integration in den deutschen Arbeitsmarkt offeriert.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Begleitung der Umsetzung der Berufsanerkennungsgesetze des Bundes und der Länder durch Beratung und Unterstützung für Anerkennungssuchende ist eine zentrale Aufgabe des bundesweiten Förderprogramms Integration durch Qualifizierung (IQ). Ziel des Programmes ist die nachhaltige Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von erwachsenen Menschen mit Migrationshintergrund unter anderem durch die Koordinierung regionaler Unterstützungsangebote sowie die Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Akteure der Arbeitsmarktintegration. Das Programm wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert.
22	<p>Projekte zur Beratung und Förderung von Freiwilligen, örtlichen Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die im Integrationsbereich tätig sind, auszuweiten, und die verbindende und integrierende Rolle des Sports zu berücksichtigen;</p>	<p>Bereits seit 1990 setzt sich die Sportorganisation des Landes, der Landessportbund Mecklenburg-Vorpommern, im Rahmen des Bundesprogramms Integration durch Sport und mit Unterstützung der Landesregierung, insbesondere durch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, für das Zusammenbringen von Menschen in unserem Land ein. Die ehren- und hauptamtlich Tätigen schaffen Begegnungen und bringen Bewegung in den</p>

		<p>Integrationsprozess. Sie betreiben Integration durch Sport mit einer Vielzahl von Maßnahmen.</p> <p>Spezielle Vereinsangebote für Menschen mit Migrationshintergrund sind ebenso wirkungsvoll wie mobile Sportangebote oder die Ausübung von Sportangeboten aus den Herkunftsländern, um die interkulturelle Öffnung voranzutreiben.</p> <p>Das Programm Integration durch Sport initiiert die Öffnung der Sportvereine und -verbände für Migrantinnen und Migranten, Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie sozial benachteiligte Menschen und hilft dabei, diese als neue Vereinsmitglieder zu gewinnen.</p> <p>Der Landessportbund Mecklenburg-Vorpommern stellt Sportvereinen und -verbänden finanzielle Mittel des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sowie des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern für die Durchführung integrativer Maßnahmen zur Verfügung. Gefördert werden insbesondere Übungsleiterhonorare, Hallenmieten, Reisekosten, Kleinsportgeräte, Sprachmittler, Programmkosten und Aufwendungen von freiwillig Engagierten im Sport.</p>
23	Migrations- und Sicherheits Gesichtspunkte in anderen relevanten Politikbereichen wie Handel, Arbeitnehmerrechte und Umweltschutz zu berücksichtigen;	Das Hauptziel der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern ist die diskriminierungsfreie, chancengleiche Teilhabe am Arbeitsleben

		<p>möglichst vieler einheimischer und zugewanderter erwerbsfähiger Menschen in Mecklenburg- Vorpommern, ungeachtet ihres Alters, ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihrer Nationalität und ihrer ethnischen Herkunft.</p> <p>Ziel ist es dabei, die qualifikatorischen Potentiale aller potentiellen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbstständigen zu erschließen und zu nutzen sowie Integrationshemmnisse abzubauen, um nachhaltig die Erwerbsquote zu erhöhen und gleichzeitig einem Engpass an Fachkräften und an Auszubildenden im Land entgegenzuwirken.</p> <p>Das Land Mecklenburg-Vorpommern, die Bundesagentur für Arbeit und die Jobcenter verfolgen gemeinsam das Ziel, den beruflichen Integrationsprozess von Migrantinnen und Migranten zu optimieren und zu beschleunigen sowie Nachhaltigkeit zu erreichen.</p>
24	<p>ganzheitliche und vielseitige Lösungen für die mit der aktuellen Flüchtlings- und Migrationspolitik verbundenen Herausforderungen zu suchen, wozu u. a. eine richtig abgestimmte Kombination aus Migrationssteuerung, humanitärer Hilfe, politischen Lösungen, europäischer und internationaler Zusammenarbeit, fairen Handelsabkommen und Entwicklungshilfe zählt;</p>	<p>Im Rahmen der Integrationsministerkonferenz beziehungsweise von Bund-Länder-Treffen zum Thema Integration werden flüchtlings- und migrationspolitische Fragen erörtert.</p> <p>Die Europäische Kommission hat bereits Legislativvorschläge zur Stärkung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) unterbreitet sowie Maßnahmen in den Bereichen legale Einwanderung und Integration vorgeschlagen, die seitens des</p>

		<p>Landes zu begrüßen sind. Im Bereich des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems sind folgende Verbesserungen geplant:</p> <ul style="list-style-type: none">• Einführung eines tragfähigen, fairen Systems zur Bestimmung des für die Prüfung von Asylanträgen zuständigen Mitgliedstaates;• Herstellung größerer Konvergenz im EU-Asylsystem und Verminderung des Asylhoppings: Die Kommission wird eine weitere Harmonisierung der Asylverfahren vorschlagen, um EU-weit mehr Gleichbehandlung und Anreize zu beseitigen, Asyl vor allem in einigen wenigen Mitgliedstaaten zu suchen;• Verhinderung von Sekundärbewegungen innerhalb der EU;• neues Mandat für die EU-Asylagentur;• Stärkung des Eurodac-Systems zur besseren Speicherung und Weitergabe von Fingerabdrücken. <p>Die Europäische Kommission wird darüber hinaus mehrere Maßnahmen in den Bereichen legale Einwanderung und Integration angehen, unter anderem:</p> <ul style="list-style-type: none">• Ein strukturiertes System für die Neuansiedlung: Die Kommission wird einen Vorschlag zur Ausgestaltung der EU-Politik im Bereich der Neuansiedlung vorlegen. Vorgesehen ist ein horizontaler Mechanismus mit gemeinsamen EU-Regeln zur Aufnahme und Verteilung, zum Status neuangesiedelter
--	--	---

		<p>Personen, zur finanziellen Unterstützung sowie zu Maßnahmen, die die Sekundärmigration eindämmen sollen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eine Reform der Richtlinie über die „Blaue Karte EU“: Die Rolle der Richtlinie in einer EU-weiten Einwanderungspolitik könnte durch einheitliche Vorschriften unter anderem für flexiblere Zulassungsvoraussetzungen, verbesserte Zulassungsverfahren und mehr Rechte für hochqualifizierte Drittausländer gefestigt werden. • Die Kommission wird einen EU-Aktionsplan zur Integration vorlegen. <p>Der Migrationsdruck bleibt trotz überwundener Krise ein zentrales Anliegen der europäischen Bürgerinnen und Bürger. Eine angemessene Migrationssteuerung wird für viele Jahre weiterhin eine Herausforderung sein und bedarf einer umfassenden Reaktion.</p>
--	--	--

im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung und das Wachstum in der Ostseeregion

25	die Umsetzungsstrategie für die Agenda für nachhaltiges blaues Wachstum in der Ostseeregion zu unterstützen;	Es wird auf die Ausführungen in Nummer 8 verwiesen.
----	--	---

26	<p>anzuerkennen, dass die Ostsee eine äußerst wichtige Seeverkehrsachse (eine Meeresautobahn) für alle ihre Anrainer, eine Ernährungs- (Fischerei) und Energieressource (Öl, Gas, Wind und Wellen) sowie ein Erholungsgebiet für Millionen Touristen darstellt, und deshalb alle Möglichkeiten der Ostseekooperation zu nutzen, durch die sich alle Interessen und Aspekte im Zusammenhang mit der Wirtschaft, der Umwelt und den Nachbarländern regeln und berücksichtigen lassen;</p>	<p>Die Landesregierung sieht die Ostsee als wichtigen Einflussfaktor für die wirtschaftliche und regionale Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns.</p> <p>Die Landesregierung ist in den einzelnen Bereichen im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten aktiv, legt aber gleichzeitig Wert darauf, dass die Ostseekooperation ganzheitlich angelegt ist. Dies kommt auch im Bericht der Landesregierung zur Ostseezusammenarbeit 2018 zum Ausdruck. In diesem werden die vielfältigen Kooperationen sichtbar und Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt.</p> <p>Mit der Koordinatorenfunktion für den Politikbereich Tourismus im Rahmen der EU-Ostseestrategie ist Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise an der touristischen Entwicklung des Ostseeraumes maßgeblich beteiligt und kann heute auf ein internationales Netzwerk und erfolgreiche Kooperationen im Projektbereich verweisen. Künftig gilt es, die internationale Position Mecklenburg-Vorpommerns, insbesondere im Ostseeraum, zu stärken. Dies wird nicht zuletzt durch die Einrichtung des Baltic Sea Tourism Centers (BSTC) in Rostock erreicht.</p>
27	<p>die transeuropäischen Verkehrsnetze in der Ostseeregion weiter auszubauen und Initiativen zur Angleichung der Mautsysteme in Europa und insbesondere den</p>	<p>Zu Fragen des weiteren Ausbaus der transeuropäischen Verkehrsnetze in der Ostseeregion kann das transnationale INTERREG-Ost-</p>

	<p>Ostseeanrainerstaaten zu ergreifen, damit der See- und Schienenverkehr im Vergleich zum Lkw-Verkehr wirtschaftlicher wird;</p>	<p>seeraumprojekt InterGreen Nodes beitragen, das die weitere Regionalentwicklung im Scandria®-Korridor, dem Nord-Süd-Korridor von Skandinavien bis zur Adria, begünstigen soll. Neben dem Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern ist die Hafenentwicklungsgesellschaft Rostock Partner im Projekt.</p> <p>Das Projektziel ist die Verbesserung der Organisation der wachsenden Güterverkehrsströme und der Terminalprozesse in Unternehmen unter umweltfreundlichen Gesichtspunkten durch 1) die Verbesserung der Koordination zwischen den Planungsbehörden und den Beteiligten des Güterverkehrs, um die multimodale Mobilität zu erhöhen, und 2) durch die Harmonisierung der Planungsmethoden (Anforderungen der Raumplanung) sowie der intermodalen Terminalprozesse und der Anforderungen der unmittelbaren räumlichen Umgebung.</p>
28	<p>darauf hinzuwirken, dass die Ostsee zu einer Vorreiterregion bei der automatisierten Schifffahrt wird.</p>	<p>Für die Schifffahrt auf der Ostsee ist in Deutschland der Bund, nicht das Land zuständig. Unbeschadet dessen setzt sich die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen ihrer Zuständigkeit dafür ein, die Schifffahrt leistungsfähig, wirtschaftlich und umweltfreundlich – mithin nachhaltig – zu gestalten. Dafür fördert sie Investitionen in die Infrastruktur der Häfen, damit etwa größere Schiffseinheiten abgefertigt, die Schiffe mit sauberer Energie versorgt oder</p>

		<p>Schiffsabfälle umweltgerecht entsorgt werden können. Soweit der auf lange Sicht denkbare Einsatz automatisierter Schiffe diesen Zielen dient, wird die Landesregierung ihn auf geeignete Weise unterstützen.</p>
--	--	---